

STELLUNGNAHME DER FDP-STADTRATSFRAKTION ZUM POSITIONSPAPIER DES STADTRATES DER GROßEN KREISSTADT RADEBEUL ZUR ZUKUNFT DER LANDESBÜHNEN SACHSEN (SIEHE ANLAGE)

Seit 60 Jahren gehören die Landesbühnen Sachsen (LBS) zu Radebeul und Umgebung, als fester Bestandteil unsere Kulturlandschaft und als ein wichtiger Standortfaktor. Sie zu erhalten ist oberstes Gebot.

Deshalb verschließt sich die FDP-Fraktion auch einer Neuordnung der Landesbühnen, in Verbindung mit dem umgebenden Kulturraum, nicht. Für die Kulturräume kann das sogar eine Bereicherung bedeuten.

Die Stadt hat in den vergangenen Jahren mit Ideenreichtum und erheblichen Mitteln das Umfeld der Landesbühnen attraktiver gestaltet.

Es ist uns klar, dass sich Radebeul als Sitzgemeinde an den LBS beteiligen muss, aber dies muss verhandelt werden. Deshalb sehen wir die Landesregierung weiterhin in der Pflicht, gemeinsam mit allen zukünftigen Partnern, ein tragbares zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln, das den hohen Standard der Landesbühnen Sachsen erhält und möglichst noch befördert. Sie darf nicht in ein kulturell belangloses Mittelfeld abdriften. Wir dürfen die gegenseitige Wertschätzung und das Vertrauen der Radebeuler nicht enttäuschen.

Die Fusionierung des Orchesters der LBS mit der Elbland Philharmonie sehen wir nicht als geeignete Lösung. Hier geht es nicht nur um tarifliche Unterschiede zwischen einem B-Orchester und einem D-Orchester, sondern was wesentlich wichtiger ist, um Niveauunterschiede. Mit einem zusammen gewürfelten Orchester ist das bisherige Niveau nicht zu halten. Und was geschieht mit den 39 Musikern, die laut Kunstministerium zu viel sind?

Wenn die LBS sich dann - weil sie kein eigenes geeignetes Orchester mehr haben - diese Orchesterleistungen einkaufen müssen, dann wird es in Radebeul keine Operaufführungen mehr geben. Wer soll diese Leistungen bezahlen und werden die Opernsängerinnen und Sänger dann noch an diesem Theater interessiert sein?

Wird das Ballett zukünftig mit Musik aus der Retorte bespielt, dann werden auch diese Auftritte an Niveau verlieren. Werden wir dann noch ein Vierspartentheater haben?

Über die weitere Bespielung der Felsenbühne Rathen durch die LBS macht man sich gar keine Gedanken. Wird es eine finanzielle Beteiligung der bespielten Kommunen geben?

Das Positionspapier unterstützen wir, das Ensemble des Theaters braucht wieder eine Planbarkeit und Perspektive, sonst verlieren wir durch medienwirksame Diskussionen noch unsere besten Künstler. Wir bieten unsere engagierte Mitwirkung bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Konzeption an.

Anhang

In Fortführung seiner am 15.9.2010 einstimmig mit dem Stadtratsbeschluss SR 48/10-09 verfassten Resolution und angesichts des gegenwärtigen Standes des Diskussionsprozesses zur Zukunftsperspektive für die Landesbühnen Sachsen erklärt der Stadtrat der Großen Kreisstadt Radebeul:

Positionspapier des Stadtrates der Großen Kreisstadt Radebeul zur Zukunft der Landesbühnen Sachsen

In Fortführung seiner am 15.09.2010 einstimmig mit dem Stadtratsbeschluss SR 48/10-09/11 verfassten Resolution und angesichts des gegenwärtigen Standes des Diskussionsprozesses zur Zukunftsperspektive für die Landesbühnen Sachsen erklärt der Stadtrat der Großen Kreisstadt Radebeul:

1. Die Landesbühnen Sachsen sind ein unverzichtbares und lebendiges Element der sächsischen Kulturlandschaft, insbesondere auch der Kulturlandschaft des Elbraumes. Sie sind damit nicht zuletzt auch ein wertvoller Bestandteil der Kulturlandschaft der Stadt Radebeul selbst.
2. Die Stadt Radebeul erklärt ihre Bereitschaft, sich in die Erarbeitung eines langfristig tragfähigen Strukturkonzeptes für die Landesbühnen Sachsen einzubringen. Insoweit wird die diesbezügliche Bereitschaftserklärung des Oberbürgermeisters aus dem Schreiben vom 14.02.2011 an das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ausdrücklich unterstützt.
3. Ohne Kenntnis eines derartigen Zukunftskonzeptes und ohne dessen verbindliche Bestätigung (einschließlich Finanzierungsperspektive) durch den Landesgesetzgeber entsprechend seiner verbindlichen Festlegung im Doppelhaushalt 2011/12 kann von der Stadt Radebeul jedoch keine verbindliche Mitfinanzierungszusage, weder hinsichtlich des Ob noch hinsichtlich der Höhe, erwartet werden.
4. Um jedoch die Tür für Verhandlungen offen zu halten und die derzeitige Konzepterarbeitung nicht zusätzlich zu belasten, erklärt sich die Stadt Radebeul in Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung gegenüber den Landesbühnen bereit, für das Jahr 2011 einen Betrag in Höhe von 150.000 Euro zu deren Finanzierung beizutragen, wenn der Freistaat als Träger der Einrichtung seinerseits termingerecht seiner Verpflichtung zur Vorlage des geforderten Konzeptes für die Umstrukturierung und Profilierung der Landesbühnen bis zum Ende des 2. Quartals 2011 nachkommt.
5. Zudem unterstützt die Stadt Radebeul grundsätzlich die Position der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Prof. Dr. von Schorlemer aus ihrer Leipziger Rede vom 15.09.2010: *„Die Landesbühnen müssen nach Ansicht der Staatsregierung – unabhängig von der Trägerschaft – in die Struktur des Kulturraumgesetzes überführt werden sowie die Sitzgemeinden und die nutznießende Region sich angemessen an der Finanzierung beteiligen.“*¹ Dies schließt aus unserer Sicht jedoch zwangsläufig auch den *„Grundsatz der Selbstverwaltungshoheit der Kulturräume“*² ein. Dies muss dann

¹ Vortrag der Sächsischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst anlässlich des Kulturpolitischen Salons „Kulturland Sachsen – ein gefährdeter Schatz?“ in der Oper Leipzig, Seite 7

² Ebenda, Seite 6

natürlich auch für die Festlegung eines spartenspezifischen Sitzgemeindeanteils gelten.

6. Zusammenfassend erklärt die Stadt Radebeul hiermit nochmals ihre Bereitschaft, an der Erarbeitung einer langfristig tragfähigen Zukunftsperspektive für die Landesbühnen Sachsen mitzuwirken. In diesem Zusammenhang ist sie in Fortführung ihres bisherigen Engagements für ein attraktives Umfeld am Standort der Landesbühnen und unter Berücksichtigung ihres sonstigen überdurchschnittlich hohen Engagements für Kunst und Kultur bereit, einen angemessenen und verkraftbaren Sitzgemeindeanteil zu tragen.

Bert Wendsche
Oberbürgermeister

Stellvertretend für die Fraktionen unterzeichnet von:

Dr. Ullrich Reusch
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Dr. Bernd Uhlemann
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Freie Wähler

Gabriele Schirmer
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Bürgerforum/Grüne

Günter Philipp
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Die Linke

Frank Sparbert
Fraktionsvorsitzender
FDP-Fraktion

Thomas Gey
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

Desweiteren unterzeichnet von der fraktionslosen Stadträtin:

Petra Müller
NPD